



# Information

Erlensee, den 11.12.2014

## **CDU-Fraktionsvorsitzender Max Schad Haushaltsrede 2015**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte meine diesjährige Haushaltsrede kürzer als sonst üblich gestalten und auf die wesentlichen Dinge eingehen, die die CDU Fraktion umtreibt.

Aus aktuellem Anlass ist die heutige Haushaltsrede eine sehr schöne Gelegenheit, an dieser Stelle einmal Zufriedenheit über die Tatsache zum Ausdruck zu bringen, dass gestern nach vielen Jahren der Planung und des Wartens die neue Ortsumgehung Langendiebach eingeweiht werden konnte. Bedenkt man, dass es erste Planungen bereits vor 40 Jahren gab, so wird einem die Dimension dieses Projektes bewusst. Viele Jahre mussten sich die Anwohner gedulden bis der Durchbruch endlich kam. Aus eigenem Erleben weiß ich auch hier um die Rolle von Aloys Lenz, dem es gelungen ist, die Straße zu befördern und vor allen Dingen, sie aus der damals kursierenden Streichliste der nicht zu finanzierenden Projekte fern zu halten, der viele Ortsumgehungen zum Opfer gefallen sind. Aber auch die Durchführung des Baus lief aus Beobachtersicht reibungs- und geräuschlos. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Ich musste gestern schon zweimal hinsehen, um meinen Augen zu trauen. Da stellt sich doch tatsächlich ein grüner Verkehrsdezernent hin und gibt die Umgehungsstraße frei. In seiner Ansprache gibt er dann zum Besten – ich zitiere sinngemäß: „Wir Grünen sind ja bei Umgehungsstraßen grundsätzlich skeptisch, aber diese Umgehungsstraße ist sinnvoll und notwendig“ Zitat Ende. Solche Worte nach all den Jahrzehnten, in denen die Grünen unsere Umgehungsstraße mit allen Mitteln verhindern wollten, sind wohl an Widersprüchlichkeit kaum zu überbieten.

Zurückblickend ist es uns ebenso ein Anliegen, an dieser Stelle noch einmal auf die wohl größte Errungenschaft des ausgehenden Jahres hinzuweisen – nämlich den Beschluss zum neuen Sportzentrum auf dem ehemaligen Fliegerhorstgelände. Nach vielen Jahren, in denen die CDU wiederholt auf die Bedeutung des Themas hingewiesen hat und entsprechend auch parlamentarisch tätig geworden ist, ist es nun gelungen, das Sportzentrum auf den Weg zu bringen. Auch in Zeiten von knappen Kassen muss für die Vereinstätigkeit und die Förderung

von Jugendlichen Geld vorhanden sein. Das Sportzentrum ist auf den Bedarf der Fußballer ausgerichtet, eine passgenaue Lösung sozusagen. Unsere Stadt gewinnt dadurch weiter an Attraktivität, ein Sportzentrum dieser Qualität ist ohne Zweifel ein Standortfaktor. Wir freuen uns für die Fußballer, erwarten jetzt aber auch, dass mit der Anlage sehr pfleglich umgegangen wird, weil in diesem Hause sicherlich keinerlei Bereitschaft besteht, in absehbarer Zukunft noch einmal Geld nachzuschießen.

Eine aus unserer Sicht sehr erfreuliche Entwicklung gibt es auch bei den Wohn- und Gewerbegebieten. Nachdem der Kreuzweg ja bereits ein guter Erfolg ist, haben wir uns bereits dem Büchensaal zugewandt. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Angebot auf einen entsprechenden Bedarf in der Bevölkerung treffen, bezahlbare Grundstücke in attraktiver Lage anzubieten und damit auch etwas für die Entwicklung in unserem Ort tun. Während man vielerorts mit Rückzugsgefechten wie aussterbender Bevölkerung, Abwanderung, Schließungen etc. zu tun hat, gehen wir in einer andere Richtung: Investieren, Erweitern, Ausbauen, neue Perspektiven schaffen. So macht Kommunalpolitik Spaß.

Für das kommende Jahr wünscht sich die CDU-Fraktion, dass bei der Entwicklung des Schulhofs der Georg-Büchner-Schule Leben ins Spiel kommt. Wir sind der Meinung, dass es hier städtebaulich gute Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Die Schule braucht den Schulhof nicht mehr, der Kreis ist zum Verkauf bereit und gleichzeitig handelt es sich um eine der zentralsten unbebauten Lagen, die unsere Stadt anzubieten hat. Die CDU ist der Meinung, dass die Stadt sich diesem Thema zuwenden sollte. In der Achse Festplatz und EAM-Grundstück hat die Stadt hier die Möglichkeit, noch einmal städtebauliche Impulse zu setzen und Erlensee weiter zu entwickeln. Wir würden uns – wie gesagt - eine Diskussion darüber im kommenden Jahr wünschen – und werden das Thema aufgreifen.

Ein Thema, mit dem sich die CDU-Fraktion ebenfalls auseinandersetzen möchte, ist die Friedrich-Ebert- Straße. Die Initiative der Gemeinschaft der Gewerbetreibenden in der Friedrich-Ebert-Straße hat gezeigt, dass dort einiges möglich ist. Allerorts findet man frühere Geschäftsstraßen verkümmern. Wir sollten uns im Stadtparlament darüber Gedanken machen, wie wir auch die Langendiebacher Hauptstraße städtebaulich aufwerten können, auch um die Gewerbetreibenden zu unterstützen, die hoffentlich durch die Eröffnung der Umgehungsstraße nicht zu stark beeinträchtigt werden. Ideen gibt es da bei uns viele, und ich denke, dass es sich im Sinne der Attraktivität unseres Ortes lohnt, über das Thema zu sprechen.

Wichtig ist uns zudem das Thema Bürgerbeteiligung. Wir sind der Überzeugung, dass wir bisherige Formen der kommunalen Entscheidungsfindung durch mehr direkte Bürgerbeteiligung ergänzen sollten. Wir haben bereits einen konkreten Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung gemacht, um eine verbindliche Einbindung der Menschen in der kommunalen Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Durch ein Beteiligungsverfahren soll es zukünftig einer Gruppe von 50 Personen möglich werden, eine Anregung oder einen Vorschlag direkt in die kommunalen Gremien zu tragen, um eine Entscheidung darüber zu erreichen. Durch diese Form von Bürgerantrag würden wir den Menschen direkt die Möglichkeit geben, kommunal besser als bislang mitzusprechen. Es freut uns, dass auch die anderen Fraktionen grundsätzlich daran interessiert sind, mehr kommunale Demokratie zu wagen. Wir freuen uns besonders, dass die Kollegen von der SPD bereit sind, unseren diesbezüglichen Haushaltsantrag zu unterstützen, um den Willen zur Ausgestaltung von Elementen der direkten Demokratie auch von der finanziellen Seite im Haushalt zu verankern.

Einen differenzierten Blick hat die CDU auf das Thema Fliegerhorst gerichtet. Grundsätzlich befürworten wir selbstverständlich die Entwicklung auf dem Fliegerhorst. Gleichwohl sind wir nicht mit jeder Entscheidung zufrieden, die dort getroffen wurde. Etwa der Verkauf des Grundstücks an die Macher der Klassikstadt wirft bei uns Fragen auf. Auch über teilweise erzielte Verkaufspreise bei den Grundtücken sind wir nicht unbedingt glücklich, da wir uns neben der wirtschaftlichen Entwicklung des Areals auch eine zusätzliche Einnahme durch die Grundstücksverkäufe erhoffen. Es scheint jedoch leider so, dass der von der CDU entsandte Vertreter in die Zweckverbandsversammlung, Horst Pabst, der einzige ist, der mit den vorgelegten Projekten kontrovers umgeht. Wir hoffen nach wie vor, dass bei den Ansiedlungen ein richtiger „Brocken“ dabei sein wird, der ein Gewerbesteueraufkommen bringt, damit wir unsere strukturellen Finanzprobleme auf der Einnahmeseite grundsätzlich verbessern können.

Nach wie vor plagt die Stadt eine hohe Verschuldung, ganz egal wie man es wendet, eine der höchsten Verschuldungsquoten im Kreis. Da ist es gut, dass wir unser Konsolidierungsprogramm umsetzen und die Vorgaben in diesem Jahr sogar übererfüllen. Die ein oder andere schwere Entscheidung war zwar dabei, ich denke jedoch, dass wir übermäßige Härten vermieden haben und sehr verhältnismäßig vorgegangen sind.

Es war sicherlich ein Verdienst der CDU, das Thema Erhöhung der Spielapparatesteuer hier eingebracht und dadurch für die Stadt eine beachtliche Einnahmeseigerung erreicht zu haben. Eine zusätzliche Einnahme die sicherlich niemandem in diesen Raum moralisch problematisieren wird.

Uns haben doch einige Worte des Bürgermeisters bei der Einbringung des Haushaltes verwundert. Wir erleben derzeit eine parteipolitisch motivierte Kampagne der Landes- und Kreis- SPD gegen die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, die in der Art und Weise, wie sie vorgetragen wird, einfach nur noch nervt:

Egal auf welche staatliche Ebene wir schauen, überall haben wir in Deutschland Probleme, zu einem Haushaltsausgleich zu kommen. In allen Haushalten kämpfen wir mit hohen Schulden. Das Land Hessen selbst steckt in einem Dilemma. Es hat in naher Zukunft eine Schuldenbremse zu erfüllen und ist dadurch bei der derzeit wachsenden Verschuldung zu Ausgabendisziplin gezwungen. Ähnlich wie bei den Kommunen wird ein großer Teil des Haushalts für Ausgaben genommen, die man in kurzer Zeit kaum beeinflussen kann wie etwa dem Personal. Gleichzeitig hat auch das Land nur sehr wenige Möglichkeiten, eigene Einnahmen zu erzielen und dadurch mehr Geld zu generieren. Eine der wenigen originären Steuerquellen - die Grunderwerbssteuer - wurde jetzt unter großem Protest der Landes-SPD erhöht. Gleichzeitig ist es der Landesregierung gelungen, die Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs auf eine Rekordsumme zu erhöhen - es fließt so viel Geld in die Kommunen wie noch nie. Alleine in Erlensee sollen es über 150.000 Euro sein. In einer undifferenzierten Kampagne, die laut Schlachtplan der Landes-SPD mangels eigener Stärke über die Kommunen geführt werden soll, wird nach mehr Geld gerufen. Nur niemand kann angesichts der eben beschriebenen Ausgangsposition sagen, woher das „Mehr an Geld“ für die Kommunen kommen soll – auch die Landes SPD nicht. Wenn man sich ein wenig mit der Verflechtung der Finanzbeziehung der einzelnen staatlichen Ebenen auseinandersetzt, wird man zu einer abgewogenen Betrachtung kommen.

Ich finde, wir in den Kommunen haben das Recht, dass das Konnexitätsprinzip beachtet wird. Hier gab es von Landesseite problematische Entscheidungen in der Vergangenheit. Wir haben

ein Recht darauf, eine im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten möglichst gute finanzielle Ausstattung zu erhalten. Wir haben aber auch die Pflicht, abgewogen und realistisch zu bleiben. Die derzeitige Kampagne macht allerdings das Gegenteil. Umso mehr hat es uns überrascht, dass sich der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede daran beteiligt hat. Wenn es gelingt, durch kluge Entscheidungen und engagiertem Einsatz attraktive Unternehmen auf dem Fliegerhorst anzusiedeln und Gewerbesteuern zu erzielen, können wir auch gelassener auf die Zuweisungen anderer Ebenen blicken.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte einige Worte zu den Haushaltsanträgen verlieren. Es freut mich, dass es den beiden großen Fraktionen hier im Parlament gelungen ist, eine Verständigung über eine ganze Reihe an wichtigen Themen herbeizuführen. Wir haben erneut Handlungsfähigkeit gezeigt und unterschiedliche Ansichten in ein gemeinsames Vorgehen auf vielen Feldern überführt.

Eines der großen Themen ist die Frage der Rathaussanierung. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Rathaussanierung zum aktuellen Zeitpunkt aus finanziellen Gründen nicht machbar ist. Die Kommunalaufsicht hat dies ja im Zuge der Haushaltsgenehmigung beim letzten Mal auch sehr deutlich gemacht. Eine umfassende Sanierung ist erst dann machbar, wenn unsere finanzielle Situation sich verbessert. Darum sind wir zufrieden, dass eine Studie zur Sanierung des Rathauses im kommenden Jahr nicht beauftragt wird. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass aufgrund der Tatsache, dass eine Sanierung auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird, zumindest Ausbesserungsarbeiten durchgeführt werden müssen, damit im Rathaus noch möglichst lange in zumutbarem Umfeld gearbeitet werden kann. Die CDU ist daher einverstanden, im kommenden Jahr entsprechende Mittel zu investieren, die freigegeben werden können, wenn wir wissen, was genau angeschafft wird. Ich denke, dies ist eine gute Kompromisslösung zwischen SPD und CDU.

Ein guter Kompromiss ist sicherlich auch beim Thema Stadtfest gelungen. Ursprünglich hätte die CDU gerne ein Stadtfest im kommenden Jahr veranstaltet. Es ist absehbar, dass die Stadt aber einen finanziellen Zuschuss hätte stellen müssen. Auch dies ist angesichts der aktuellen Haushaltssituation schwierig. Gleichzeitig hat der Gewerbeverein ja bereits angekündigt, im kommenden Jahr etwas veranstalten zu wollen. Wir sind also übereingekommen, dass das Stadtfest im Jahr 2017 stattfinden wird, anlässlich des 5. Jubiläums der Stadtwerdung. Dies folgt einer festen Logik und bietet die Möglichkeit, eine Regelmäßigkeit zu schaffen, die sicherlich auch bei den Bürgern gut ankommt.

Bei der Bücherei haben wir uns darüber verständigt, dass es besser ist, über die Öffnungszeiten nicht politisch zu entscheiden, sondern eine Arbeitsgruppe zu bilden, die aus Parlamentsvertretern, dem Büchereiteam und einem Magistratsvertreter besteht. Für die CDU ist klar, dass die Bücherei eine wichtige Institution ist, die wir erhalten möchten. Wir wollen auch in Zukunft einen freien Zugang zu Information und Bildung für jedermann. Wir haben einen sehr guten und aktuellen Medienbestand, eine gute räumliche Situation und – dies ist auch längst kein Standard mehr – fachlich entsprechend ausgebildetes Personal. Trotzdem müssen wir feststellen, dass die Entleihezahlen seit einiger Zeit zurückgehen. Dies ist insbesondere in Zeiten von knappen Kassen, in der freiwillige Leistungen besonders gerechtfertigt sein müssen, ein unbefriedigender Zustand. Wir sind gemeinsam zur Überzeugung gekommen, dass eine Debatte, die sich alleine an Öffnungszeiten festmacht, nicht ausreichend ist. Zweck der Arbeitsgruppe wird es sein, Lösungen zu erarbeiten. Die CDU ist der Meinung, dass die Bücherei in Erlensee ihre Berechtigung hat. Als städtische Serviceeinrichtung ist es gleichzeitig ihr Auftrag, sich konsequent am Bedürfnis der

Bürgerinnen und Bürger zu orientieren. Was das Bedürfnis ist und ob es entsprechend bedient wird, darüber werden wir sprechen und dann Vorschläge unterbreiten.

Einig sind wir uns auch darüber, dass wir uns in der Diskussion um die Frage, wie ein würdiges Gedenken an die Opfer des 2. Weltkriegs in Rückingen mit den Akteuren des Heimat- und Geschichtsvereins bzw. der evangelischen Kirche besprechen sollten. Eventuell ist es nicht notwendig, finanzielle Mittel der Stadt bereit zu stellen. Der CDU-Fraktion ist es wichtig, dass alle Vorschläge, die es gibt, eine faire Chance erhalten.

Die CDU-Fraktion freut sich, dass es auch in Zukunft den Freiwilligen Polizeidienst geben wird. Angesichts der Situation vor Ort wäre alles andere auch ein schlechtes Signal an die Bevölkerung gewesen und politisch nicht zu begründen. Der Freiwillige Polizeidienst ist und bleibt eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeit der Polizei und des Ordnungsamtes sowie den präventiven Angeboten der Kinder und Jugendarbeit. Es gibt keinen Grund, von dieser Gesamtarchitektur abzuweichen.

Ein Anliegen war der CDU bei den nächsten Haushaltsberatungen mehr Informationen zum Haushalt zu bekommen. Wir möchten, dass mehr Details in den Erläuterungen gegeben werden, um unsere Arbeit als Stadtverordnete besser leisten zu können. Es ist natürlich immer eine Gradwanderung, wie viel Papier für einen ehrenamtlich Tätigen zumutbar ist. Klar ist aber auch, Politik über den Haushalt lässt sich nur gestalten, wenn man Einblicke bekommt, was genau der Magistrat im kommenden Jahr vorhat. Mehr Informationen können der Qualität der Haushaltsberatungen sicherlich nicht abträglich sein.

Mit einem Antrag wollen wir dafür sorgen, dass im kommenden Jahr eine externe Stromversorgung in der Erlenhalle, dem Rathaus und dem Feuerwehrgerätehaus Langendiebach eingebaut wird. Es geht uns darum, im Falle von Naturkatastrophen oder dergleichen eine Möglichkeit zu schaffen, unabhängig vom dann evtl. nicht mehr funktionierenden Stromnetz eine Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen davon ausgehen, dass in Großschadenslagen auch andere Kommunen und Institutionen zu kämpfen haben und ihr Gerät dann selbst benötigen. Umso wichtiger ist es, dass wir dann selbst für uns sorgen können. Wir haben uns dazu bereit erklärt, die bereit zu stellenden Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, um diese Initiative mit dem dann aktuellen Bedarfsplan abzugleichen. Die beiden Anträge zum Investitionsplan stellen wir erst einmal zurück bis der aktualisierte Plan vorliegt.

Den Antrag der SPD, Mittel für die Bänke im Calaminus Park bereit zu stellen, werden wir unterstützen.

Der Antrag der Grünen zu den Aufwandsentschädigungen hat uns ob der dort offenbar bestehenden Vielstimmigkeit in der Frage ein wenig verwundert. Wir sind bei diesem Thema leidenschaftslos, finden die Genese der Diskussion insgesamt aber verunglückt und werden uns enthalten.

Ablehnen werden wir den Antrag nach Bereitstellung von Courage Kursen, die wir als nicht zielführend betrachten. Seltsam ist aus unserer Sicht auch, dass nicht ganz klar ist, in welcher Höhe und in welcher Zahl der Magistrat eigentlich Mittel bereitstellen soll. Wir sind aber zuversichtlich, dass der Magistrat hier sicherlich verantwortungsvoll sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

aus unserer Sicht weist der Haushalt für 2015 in eine gute Richtung, auch wenn es sicherlich noch einige Baustellen gibt. Für uns relevante Dinge sehen wir verwirklicht. Wir werden dem Haushalt für das Jahr 2015 daher zustimmen. Ich möchte mich auf diesem Wege besonders bei Martin Maul für die vertrauensvolle und angenehme Zusammenarbeit in den letzten Tagen bedanken, die gute Ergebnisse für die Stadt hervorgebracht hat.

Herzlichen Dank.

Max Schad